



Familienpolitischer Pragmatismus

Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

Die Wahlkampfprogramme der Parteien zur Bundestagswahl im September sind verabschiedet und wurden jeweils der Öffentlichkeit vorgestellt. In allen Programmen finden sich umfangreiche Passagen zur Familienpolitik. Dies unterstreicht die hohe Bedeutung, dem dieser Politikbereich mittlerweile zukommt. Reformvorschläge beziehen sich insbesondere auf familienbezogene Transfers und Steuerregelungen sowie auf Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In der Anlage finden Sie eine Synopse der familienpolitischen Forderungen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linken. Die jeweiligen Wahlprogramme finden Sie auf den Homepages der Parteien.

FDP und die Linke sind sich einig in der Forderung, das Kindergeld auf 200 Euro erhöhen zu wollen. Auch die CDU möchte das Kindergeld insbesondere ab dem dritten Kind verbessern, macht jedoch keine Angaben zur erforderlichen Höhe. Außerdem fordern CDU, SPD und die Linken eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlages, während stattdessen Bündnis 90/Die Grünen eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung für alle Kinder konzipiert haben. Insgesamt besteht immer noch große Ratlosigkeit bzgl. eines wirklich tragfähigen Modells zur eigenständigen Existenzabsicherung von Kindern.

Unterschiedlich sind die steuerlichen Konzepte: Die SPD fordert die Umwandlung des Kinderfreibetrags im Steuerrecht zu einem Kindergrundfreibetrag, der zu einer gleichen Entlastung bei allen Eltern führen soll, während alle anderen Parteien in der bestehenden Steuersystematik eine Erhöhung des Kinderfreibetrages fordern. Aus der Perspektive des DCV ist bei höheren Kinderfreibeträgen, die sachlich gerechtfertigt wären, zu bedenken, dass dies gerade höhere Einkommensbezieher entlastet und so Ressourcen bindet, die dringend zur Bekämpfung von Kinderarmut und anderer familienpolitischer Ziele benötigt werden.

Auch das Ehegattensplitting ist wiederum Wahlkampfthema: Während sich die CDU/CSU weiterhin explizit zur Ehe und zur vollen Erhaltung des Ehegattensplittings bekennt, profilieren sich Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit ihrer Position einer Individualbesteuerung und der steuerlichen

Neutralität hinsichtlich der Lebens- und Familienformen. Dies korrespondiert mit der Forderung nach Anerkennung und Förderung auch anderer Lebensformen (Bündnis 90/Die Grünen) oder der Forderung, „alle Familienformen“ (Die Linke) bzw. „gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften mit der Ehe“ gleichzustellen (SPD).

Änderungsvorschläge aller Parteien zielen auch auf das Elterngeld, obwohl die Evaluation nach Auffassung des BMFSFJ keinen Korrekturbedarf ergeben hat (s. Info 37/2008). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) will sich in einer Stellungnahme zu den Effekten und dem Reformbedarf des Elterngeldes Anfang August positionieren. Einig sind sich alle Parteien mit Ausnahme der CDU/CSU in der Ablehnung des Betreuungsgeldes.

Hinsichtlich der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden die gängigen Forderungen nach Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Absicherung von Fürsorgezeiten und Ausbau der Kindertagesbetreuung bemüht. Wie der Vorstellung, „Familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien“ (CDU) zu haben, tatsächlich Raum verschafft werden kann, bleibt jedoch auch angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weitgehend offen.

Das Thema familienunterstützende Dienstleistungen bleibt in den Programmen weitgehend ausgespart. Lediglich die CDU geht in ihrem Programm auf die Themen Familienbildung und -beratung, Müttergenesung und frühe Hilfen ein. Bündnis 90/Die Grünen erwähnen die Notwendigkeit von frühen Hilfen und Hilfen für Alleinerziehende widmen sich dafür aber ausführlicher dem Thema Gleichberechtigung und Frauen. Auch das Thema Schwangerschaftskonflikt findet sich in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Partei Die Linken. Grüne und Linke fordern die Abschaffung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen und die Grünen darüber hinaus die Abschaffung der Pflichtberatung. Die FDP greift ein unerledigtes Thema aus dem vorangegangenen Koalitionsvertrag auf und fordert eine Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt.

Im Sammelsurium der unterschiedlichen Themen und Vorschläge bewegen sich alle Parteien weitgehend in den alten Bahnen. Es gibt wenig Vorschläge zur Beseitigung der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ Familien gegenüber noch hinreichende Antworten auf die Frage, wie der Druck, unter dem Familien in vielerlei Hinsicht leiden, grundlegend vermindert werden kann. Eltern wird weiterhin die Last aufgebürdet, einerseits den Lebensunterhalt für alle Familienmitglieder erwirtschaften und andererseits Zeiten organisieren zu müssen, in denen Familie gelebt und Sorgeverantwortung wahrgenommen werden kann. Die hierfür erforderliche gesellschaftliche Unterstützung bleibt entweder zeitlich eng umgrenzt oder in vielen Lebenssituationen unzureichend. Gestaltungsspielräume eröffnen sich unter diesen Bedingungen zumeist nur für diejenigen, die in der Lage sind, ihre Lebens- und Familienvorstellungen finanziell selbst zu subventionieren.

Der DCV wird sich in den Wahlkampf insbesondere mit Positionen zu Kinderarmut, Bildungsgerechtigkeit und mit dem Jahresthema Menschen am Rande einbringen, zu denen die verbandlichen Gliederungen erste Informationen und Materialien erhalten haben.

Die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehender (AGIA) fordert zur Bundestagswahl in einem Positionspapier, die Armut Alleinerziehender und ihrer Kinder zu bekämpfen. Für Alleinerziehende seien neben finanziellen Hilfen, einer familienfreundlichen Erwerbsarbeit und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten besonders Maßnahmen der Qualifikation und beruflichen Wiedereingliederung bedeutsam. Wir fügen Ihnen Die Positionierung der AGIA in der Anlage bei.